



# IPPNW International Physicians for the Prevention of Nuclear War

Deutsche Sektion der  
Internationalen Ärzt\*innen  
für die Verhütung des  
Atomkrieges / Ärzt\*innen in  
sozialer Verantwortung e.V.

Körtestraße 10 | 10967 Berlin  
Tel.: +49 (30) / 698 07 40  
Fax: +49 (30) / 693 81 66  
E-Mail: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

## Vorstand

Daniel Becker  
Dr. Angelika Claußen  
Carlotta Conrad  
Dr. Robin Maitra  
Dr. Lars Pohlmeier  
Ute Rippel-Lau  
Ralph Urban  
Dr. Ute Watermann  
**International Councillor**  
Dr. Helmut Lohrer  
Friederike Bröderhausen  
**Ehrenvorstandsmitglied**  
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

## Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken  
Dr. Heinz Loquai  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat  
Prof. Dr. Götz Neuneck  
Prof. Dr. Norman Paech  
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake  
Prof. Dr. Otmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestraße 10 | 10967 Berlin

Auswärtiges Amt  
Außenminister Heiko Maas  
Werderscher Markt 1

10117 Berlin

cc: Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte

## **Menschenrechtsarbeit darf nicht kriminalisiert werden!**

*Berlin, 29. Oktober 2021*

Sehr geehrter Herr Maas,

der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz hat sechs palästinensische Menschenrechtsgruppen zu "terroristischen Organisationen" erklärt. In dem Erlass des Verteidigungsministeriums werden die Gruppen ohne jegliche Beweise beschuldigt, "als Arm der Volksfront für die Befreiung Palästinas" zu fungieren, einer linken politischen Partei, die von Israel, den USA und der EU wegen ihrer Ablehnung des Oslo-Abkommens als terroristisch eingestuft wurde.

Zwei der sechs betroffenen Menschenrechtsgruppen – Al-Haq und Addameer, sind langjährige Partnerorganisationen der deutschen IPPNW im Rahmen unserer Begegnungsreisen nach Palästina und Israel. Al Haq ist eine wichtige Menschenrechtsorganisation, die Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsbrüche dokumentiert und Opfern Beistand gewährt. Ihre Arbeit befasst sich sowohl mit Rechtsbrüchen israelischer als auch palästinensischer Organe. Al Haq ist für ihre Arbeit mit mehreren internationalen Preisen ausgezeichnet worden, zuletzt 2018 gemeinsam mit der israelischen Organisation B'Tselem (The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories) mit dem französischen Menschenrechtspreis. Die Menschenrechtsorganisation hat zudem einen beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.

Die Menschenrechtsorganisation „Addameer“ setzt sich für die Rechte von tausenden von Palästinenser\*innen ein und leistet Rechtsbeistand für jene, die sich - zum Teil jahrelang ohne Anklage oder in Administrativhaft - in israelischen und palästinensischen Gefängnissen befinden. Sie ist seit längerem Opfer staatlicher Repressionen. Die letzte Razzia in den Büros von Addameer fand 2019 statt, bei der Soldat\*innen "Computer, Festplatten, Akten und Ausrüstung" beschlagnahmten, "als Teil eines umfassenderen Vorgehens gegen palästinensische Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Mitarbeiter\*innen", so Amnesty International damals.

Die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger\*innen Mary Lawlor kritisierte am letzten Freitag, dass "Menschenrechtsverteidiger keine Terroristen sind und niemals auf diese Weise verleumdet werden sollten". Das UN-Büro sieht für die Terrorbezeichnung "extrem vage oder irrelevante Gründe" aufgelistet, wie die 'Förderung von Schritten gegen Israel in der internationalen Arena' oder friedliche und legitime Aktivitäten wie die Bereitstellung von Rechtshilfe. Die Ausweisung als terroristische Gruppe bedeute eine ernsthafte Beeinträchtigung der Arbeit dieser Gruppen und könne die Sicherheit ihrer Mitarbeiter\*innen, der Opfer und Zeug\*innen gefährden. Dass der Schritt am gleichen Tag kam, an dem die israelische Regierung völkerrechtswidrig 1.300 neue Siedlerwohnungen auf palästinensischen Gebiet genehmigte, lässt den Schluss zu, dass Organisationen, die sich für Völkerrecht und Menschenrechte einsetzen, mundtot gemacht werden sollen.

Neben der Sonderberichterstatterin für Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie den großen Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch, amnesty international, und vielen Organisationen überall in der Welt haben sich auch 22 Organisationen in Israel, darunter mehrere Menschenrechtsorganisationen, gegen die Entscheidung ihrer eigenen Regierung gewandt. Auch das US-Außenministerium zeigte sich irritiert und bat Israel um eine Klarstellung seiner Entscheidung.

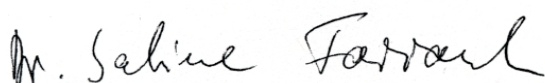
Unsere Ärzteorganisation befürchtet, dass mit dem Verbot der sechs Organisationen kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen. Die palästinensischen Menschenrechtsgruppen und ihr Engagement für Menschenrechte und Selbstbestimmung sowie gegen Besatzung, Diskriminierung und Vertreibung sind eine unentbehrliche Stimme für Frieden und Gerechtigkeit.

Sehr geehrter Herr Maas, bitte setzen Sie sich bei Ihrem israelischen Amtskollegen gegen die Kriminalisierung und für eine sofortige Rehabilitierung der Menschenrechtsgruppen ein.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Lars Pohlmeier  
Vorsitzender der deutschen IPPNW-Sektion



Dr. med. Sabine Farrouh  
Leiterin der IPPNW-Begegnungsreisen nach Palästina - Israel